

Protokoll der Sitzung des
Beirates Mitte am 3.3. 2008

**Anwesend waren
vom Beirat**

Barbara Schwarz
Joachim Musch
Jürgen Bunschei
Sonja Heinrich
Holger Ilgner
Corinna Spanke
Leander Mondré
Alexander Tassis
Jörg Windszus
Christoph Heigl
Monika Engelmann
Entschuldigt fehlten Viola Mull und Michael Rüppel

vom Ortsamt

Robert Bücking - Vorsitz
Andrea Freudenberg - Protokoll

Gäste:

Frau Kleemiß-Benthien GBI
Herr Krukemeier Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa
Frau Sinnegen, Herr Kruse Architekturbüro Haslob, Kruse und Partner
Herr Pampus Architekturbüro Schulze und Pampus

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 21.30 Uhr

Tagesordnung

1. Fragen, Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung
2. Geplante Veräußerung der städt. Liegenschaft Bischoffstr. 8 -Gebäude Werkstatt
Bremen - Veränderung der Erschließung für den Spielplatz Vasmerstraße
3. Stellungnahme zum Vorhaben - und Erschließungsplan Bredenplatz
4. Neubauentwurf Eckgebäude Altenwall / Ostertorstraße
5. Stellungnahme zur Einführung der Umweltzone
6. Aktuelles
7. Mitteilungen des Beiratssprechers
8. Mitteilungen des Ortsamtes
9. Verschiedenes

TOP 1

- **Herr Schröder** erinnert an seine Anfrage zur Nutzung der öffentlichen Parkplätze Daniel-von-Büren-Straße / Arbeitsamt. Die Polizei wird um Stellungnahme gebeten.
- **Herr Schröder** kritisiert, dass die Schüler des Alten Gymnasiums ständig in den Vormittagsstunden den Fuß- und Radweg in der Falkenstraße / Höhe Kleine Helle blockieren. Das Ortsamt wird beauftragt, mit der Schule Kontakt aufzunehmen.
- **Vertreterinnen** der Kindergruppe Picobello, Körnerwall 6, bitten den Beirat um Unterstützung.

Das Bauressort habe die Räumlichkeiten der Eltern-Kind-Gruppe überprüft und eine Reihe von baulichen Mängeln festgestellt.

Aufgrund der weitgehenden Umbau-Auflagen sieht die Elterngruppe nun die Gefahr, dass sie das Haus langfristig nicht mehr nutzen können. Es sei nur noch bis zum Sommer eine Duldung ausgesprochen. Bis dahin sollen die Auflagen wie z.B. Schaffung eines Fluchtweges, Einbau feuerhemmender Türen etc. erfüllt sein.

Das Ortsamt wird gebeten, zu Gesprächen einzuladen, um gemeinsam mit den Behördenvertretern eine Lösung zu finden.

TOP 2

Frau Kleemiß-Benthien teilt mit, dass die Werkstatt Bremen beabsichtige, ihr Betriebsgebäude, Bischoffstraße 8, zu veräußern. Da das Gebäude derzeit nicht erschlossen sei, soll im Vorfeld eines Verkaufes die Erschließungssituation neu geregelt werden.

Ein Teil der Bischoffstraße soll dem Grundstück zugeschlagen werden und ebenfalls mit verkauft werden. Da die Bischoffstraße zur Zeit auch als Erschließung für den Spielplatz Vasmerstraße genutzt werde, soll der Spielplatz zukünftig einen direkten Anschluss an eine öffentliche Straßenverkehrsfläche erhalten.

Das Werkstattgebäude sei städtische Fläche, die zum Betriebsvermögen der Werkstatt Bremen gehöre. Gemäß der Landeshaushaltsordnung muss öffentlich nach Höchstgebot ausgeschrieben werden.

Nach dem geltenden Bebauungsplan sei für den Bereich Gemeinbedarf für soziale Zwecke festgeschrieben. Eine Befreiung von dieser Bindung würde einen Verkauf erheblich erleichtern. Die GBI gehe davon aus, dass vom Bauressort im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens für das konkrete Vorhaben eine Befreiung erteilt werde.

Frau Kögel meldet im Namen einer Wohnprojektsgruppe Interesse für das Grundstück an. Sie seien eine Gruppe von 10 bis 15 Personen, die ein generationsübergreifendes Wohnprojekt umsetzen möchten.

Die Beiratsfraktionen sind sich darin einig, dass an der Gemeinbedarfsbindung für soziale Zwecke festgehalten werden müsse. Sehr wenige Flächen und Räume haben noch diese Sozialbindungsfestlegung. Bis Ende 2008 sollte nun die Zeit genutzt werden, um Interessenten zu finden, die in diesem Sinne eine Nutzung anstreben.

Herr Bücking erklärt, dass eine Befreiung der Bebauungsplanfestlegungen nur im Konsens aller Träger öffentlicher Belange (TÖB) erfolgen könne. Jetzt bestehe Verhandlungsbedarf mit der Werkstatt Bremen.

Ein Vorschlag für einen Beschlussantrag wurde von der SPD-Fraktion erarbeitet und liegt dem Beirat vor:

Der Beirat Mitte stimmt einer Aufhebung der im Bebauungsplan ausgewiesenen Gemeinbedarfsbindung für das Gebäude an der Bischoffstr. 8 nicht zu. Eine durch den Verkauf erfolgende Anschlussnutzung soll bis auf Weiteres die Nutzung durch eine soziale Einrichtung zum Ziel haben. In diesem Zusammenhang bittet der Beirat die GBI bei der Suche nach einem Käufer bis Ende 2008 nur solche Interessenten zu berücksichtigen, die eine Nutzung in diesem Sinne anstreben. Der Beirat wird mit Unterstützung des Ortsamtes Mitte/ÖV seinerseits Vorschläge für eine soziale Nutzung entwickeln und der GBI, wenn möglich, einen Käufer vorschlagen.

Für den Fall, dass eine der bestehenden Gemeinbedarfs-Bindung entsprechende Anschlussnutzung in diesem Zeitraum nicht gefunden werden kann, wird der Beirat zu Beginn des Jahres 2009 erneut über eine Zustimmung zur Änderung des Bebauungsplans befinden.

Bei der Planung der Anschlussnutzung sind die Belange der Anwohner zu berücksichtigen,

Eine Reduzierung der Fläche des derzeitigen Spielplatzgeländes lehnt der Beirat ab.

Begründung:

Das Gelände in der Vasmerstraße ist für den Stadtteil von besonders hohem Wert. Der Spielplatz, der erst vor vier Jahren mit hohem Mitteleinsatz umgestaltet wurde, bietet allen Kindergruppen aus dem gesamten Viertel die Möglichkeit der Spielnutzung im Rahmen ihres Betriebes. Dies ist umso wichtiger, als die Gruppen zum überwiegenden Teil nicht über eigene Freiflächen verfügen und andere Spielplätze in erreichbarer Nähe nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen.

Daneben werden der Spielplatz und gerade der angrenzende Bolzplatz von vielen Kindern und Jugendlichen der Nachbarschaft insbesondere am Nachmittag intensiv genutzt.

Wegen seiner Größe und Lage in einem dicht bebauten Stadtteil, welcher ansonsten nur über wenige Freiflächen verfügt, hätte eine Verkleinerung der Fläche gravierende negative, gerade auch soziale Auswirkungen auf die Entfaltungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen und ist nicht hinnehmbar.

Bei der Frage einer Nachnutzung des Betriebsgebäudes sieht der Beirat eine einmalige Chance, durch den Verkauf an eine soziale Einrichtung weitere Potenziale für das Viertel zu erschließen und so die Stadtteilentwicklung voranzutreiben und den sozialen Zusammenhalt zu stärken.

Frau Schimmelpfeng spricht die geplante neue Öffnung für den Spielplatz Vasmerstraße an. Um Nachbarbeschwerden der angrenzenden Wohnbebauung zu vermeiden, muss eine Umgestaltung des zukünftigen Eingangsbereiches erfolgen.

Herr Krukemeier bezieht sich auf die Festlegungen Gemeinbedarf im Bebauungsplan. Der Bebauungsplan sei ein Ortsgesetz und nur stichhaltige Gründe können zu einer Aufhebung der Bindung führen.

Der Beirat stimmt dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

TOP 3

Herr Kruse stellt die Entwürfe für den Hotelneubau vor.

Der Grundgedanke sei gewesen, Plätze zu schaffen. Daher habe man das Hotel weit von der Martinstraße zurückgesetzt. Dadurch bleibe der heutige Bredenplatz als kleiner Vorplatz erhalten, mit freiem Blick auf die Martinikirche. Hinter dem Hotel, mit Blick auf die Böttcherstraße, entstehe der eigentliche neue Bredenplatz. Er sei gedacht als öffentlicher Platz u.a. auch für Gastronomie.

Das Hotel der Atlantic - Gruppe mit 137 Zimmern auf sechs Geschossen soll außerdem über ein Restaurant, eine Dachterrasse mit Eventbereich, Konferenzräume und Wellnessbereich verfügen. Bei der Höhe des Gebäudes habe man sich an der Nachbarbebauung orientiert. Die Tiefgarage mit 113 Stellplätzen werde über den Vorplatz an der Martinstraße erschlossen, die Ausfahrt der Fahrzeuge erfolge über die Bredenstraße.

Herr Musch bezieht sich auf die Beratung im Bauausschuss. Die Hotelneubauplanung werde begrüßt, insbesondere die Platzgestaltung mit einer Öffnung zur Böttcherstraße.

Der Beirat beschließt einstimmig, dem Vorhaben- und Erschließungsplan Bredenplatz zuzustimmen. Er appelliert an die Eigentümer der Böttcherstraße sich dem neuen Platzbereich zu öffnen.

TOP 4

Der Entwurf der Architektengruppe Bothe, Richter, Teherani wurde aufgrund der Proteste in der Stadt fallengelassen. Der Bauherr habe daraufhin die Architektengruppe Schulze, Pampus beauftragt, einen neuen Vorschlag für das Eckgrundstück Altenwall / Ostertorstraße zu entwickeln.

Herr Pampus stellt den neuen Entwurf vor:

Der Baukörper selbst habe sich im Vergleich zum vorherigen Entwurf wenig geändert. Der insgesamt achtgeschossige Neubau greife weitgehend die BRT-Pläne auf. Statt der Glasfassade werde bei dem neuen Entwurf mehr Wert auf eine Natursteinfassade mit vertikaler Gliederung gelegt. Die Fassade werde aus hellem Sandstein mit kräftiger Struktur bestehen und damit besser in den städtebaulichen Zusammenhang passen.

Die 7 Parkplätze im Untergeschoss des Gebäudes werden über die Komturstraße angefahren. Die jetzige Fußwegbreite werde weitergeführt, der Radweg befindet sich außerhalb der Arkade und sei nicht tangiert vom Neubau.

Der Beirat wünscht dem Bauherrn viel Glück bei der Umsetzung seines neuen Entwurfs.

TOP 5

Herr Musch erläutert den Beschlussantrag seiner Fraktion zur Einrichtung einer Umweltzone:

Die Einführung von Umweltzonen folgt aus der Umsetzung der EU-Feinstaub-Richtlinie, die im Jahr 2000 erlassen wurde, um den Ausstoß gesundheitsschädlicher Feinstaubpartikel in Abgasen einzudämmen. Nach Aussagen der WHO (2004) bewirkt die vorherrschende PM-Konzentration eine Verkürzung der durchschnittlichen Lebenserwartung von 8,6 Monaten in der EU und von 10,2 Monaten in Deutschland. Die 22. BImSchV legt Immissionsgrenzwerte fest für

Feinstaub (PM10) – gültig ab 1.1.2005 – und für Stickstoffdioxid (NO₂) – gültig ab 1.1.2010. Die Grenzwerte sind dann verbindlich einzuhalten.

Der Beirat Mitte möge beschließen:

Der Beirat begrüßt den Beschluss, in Bremen eine Umweltzone einzuführen. Er sieht darin eine geeignete Maßnahme zur Verbesserung der Luftqualität im Stadtteil Mitte, der mit der Straße Am Dobben einen der am stärksten belasteten Punkte überhaupt aufweist. Die Einführung dient der Gesundheit der Menschen in unserem Stadtteil und ist keine Maßnahme der Verkehrslenkung. Mit der Einführung einer Umweltzone wird nur ein Teil der vom Verkehr verursachten Probleme gelöst. Deshalb sollten weitere Maßnahmen folgen: Dazu gehören insbesondere Überlegungen zur Verkehrslenkung, Reduzierung der LKW-Verkehre, Geschwindigkeitsbeschränkungen, der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, der Ausbau der Radwege und Verbesserung für Car Sharing. Auch sind durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit Alternativen zur Benutzung des privaten Autos aufzuzeigen. Wir wünschen uns, dass durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit die Akzeptanz der Umweltzone steigt, denn „Feinstaub ist dein Staub“.

Insbesondere fordert der Beirat:

- in dem im Stadtteil Mitte vorgesehenen Gebiet der Umweltzone keine weiteren Straßen auszunehmen.
- Die B 6 / Oldenburger Straße in die Umweltzone einzubeziehen.
- Fahrzeuge der Entsorgungsbetriebe nicht generell zu befreien, sondern eine zu befristende Umrüstung festzulegen.

- Nach Einführung der Umweltzone die nachgesuchten bzw. erteilten Ausnahmegenehmigungen auszuwerten, um ggf. mit sozialen Härtefällen besser umgehen zu können.

Zusätzlich liegt ein Vorschlag zur Ergänzung des Beschlussantrages von **Herrn Ilgner** vor:

Der Beirat Mitte unterstützt den Beirat Östliche Vorstadt in seinem Bemühen, durch Ausdehnung der Umweltzone auf den Bereich Bismarckstraße bis zu St.- Jürgen - Straße und Graf - Moltke - Straße den Wünschen der betroffenen Anwohnern zu entsprechen.

Bei den Vorschlägen für die Einzelforderungen des Beirates werden bei den Wünschen nach den relativ detaillierten Ausnahmeregelungen wegen der „Kleinteiligkeit“ und der damit verbundenen Schwierigkeiten in Bezug zu anderen Gruppen Probleme gesehen. Wir schlagen daher folgende Änderungen bzw. Erweiterungen vor: (als Punkt 2) Es ist durch Messungen zu überprüfen, ob im Bereich der B6 / Oldenburger Straße die zulässigen Grenzwerte ebenfalls überschritten werden und der Straßenzug dann ggf. in die Umweltzone einzubeziehen. (Ergänzung zu Punkt 3). Die Umrüstung der kommunalen Fahrzeugflotte ist zeitnah zu betreiben. (Vor Punkt 4) die Einführung der Umweltzone möglichst sozialverträglich zu gestalten, um verhältnismäßige Härten für die Betroffenen, insbesondere für solche Anwohner, die wegen ihres geringen Einkommens nicht in der Lage sind, ihr Fahrzeug umzurüsten oder ein Ersatzfahrzeug anzuschaffen, zu vermeiden den stufenweisen Abbau der Privilegien für den Wirtschaftsverkehr. Durch kontinuierliche Fortsetzung der Messungen im gesamten bremischen Stadtgebiet die Wirksamkeit der eingerichteten Umweltzone und ggf. die Erforderlichkeit deren Erweiterung zu überprüfen.

Unter dem jetzigen dritten Punkt sind sowohl die Anwohner mit wenig Geld als auch die Anwohner mit ihren Wohnmobilen zu subsumieren. Eine detailliertere Regelung würde eine Ausarbeitung eine Ausnahmeregelung erfordern, die wir als Beirat ohnehin nicht leisten können. Als Stellungnahme des Beirates könnte der Punkt aber sehr wohl erhalten und insofern die von den „Betroffenen“ sicherlich zahlreich per Mail an die Behörde gegangenen Wünsche kommentieren.

Der erste Punkt ist in gewisser Weise der Ausweg für Helden, weil eine Einbeziehung der B6 / Oldenburger Straße in die Umweltzone wegen der Verkehrslenkung der Autobahn und auch zur Bürgerweide nie durchsetzbar sein wird.

Herr Tassis stellt fest, wenn die Umweltzone eingerichtet werde, dann sollte seiner Meinung nach die Bismarckstraße und die Graf-Moltke-Straße mit einbezogen werden.

Herr Windszus schlägt vor, die beiden vorliegenden Texte redaktionell zu überarbeiten und dann darüber zu beschließen.

Herr Heigl beantragt, absatzweise über die Anträge abzustimmen.

Seiner Meinung nach sei das Konzept Umweltzone Augenwischerei und der Effekt fast bei Null! Besonders betroffen seien mit der Einführung der Umweltzone Sozialschwache, die sich die Neuanschaffung eines Fahrzeuges nicht leisten können.

Nach der Antragsberatung wird im Beirat folgender Beschluss gefasst:

- I. **Der Beirat begrüßt den Beschluss, in Bremen eine Umweltzone einzuführen. Er sieht darin eine geeignete Maßnahme zur Verbesserung der Luftqualität im Stadtteil Mitte, der auf der Straße Am Dobben einen der am stärksten belasteten Punkte überhaupt aufweist.**
Der Beirat Mitte unterstützt den Beirat Östliche Vorstadt in seinem Bemühen, durch Ausdehnung der Umweltzone auf den Bereich Bismarckstraße bis zur St.-Jürgen-Straße und Graf-Moltke-Straße den Wünschen der betroffenen Anwohnern zu entsprechen.

Die Einführung der Umweltzone dient der Gesundheit der Menschen in unserem Stadtteil und ist keine Maßnahme der Verkehrslenkung. Mit der Einführung der Umweltzone wird nur ein Teil der vom Verkehr verursachten Probleme gelöst.

(mit 8 ja-Stimmen und 3 nein-Stimmen beschlossen)

- II. Deshalb sollten weitere Maßnahmen folgen: Dazu gehören insbesondere Überlegungen zur Verkehrslenkung, Reduzierung der Lkw-Verkehre, Geschwindigkeitsbeschränkungen, der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, der Ausbau der Radwege und Verbesserung für car sharing. Auch sind durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit Alternativen zur Benutzung des privaten Autos aufzuzeigen. Wir wünschen uns, dass durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit die Akzeptanz der Umweltzone steigt, denn „Feinstaub ist dein Staub“.**

(einstimmig beschlossen)

III. Insbesondere fordert der Beirat:

- **Aus dem im Stadtteil Mitte vorgesehenen Gebiet der Umweltzone keine weiteren Straßen auszunehmen.**
- **Es ist durch Messungen zu überprüfen, ob im Bereich der B6 / Oldenburger Straße die zulässigen Grenzwerte ebenfalls überschritten werden und der Straßenzug ist dann ggf. in die Umweltzone einzubeziehen.**
- **Die Umrüstung der gesamten kommunalen Fahrzeugflotte ist zeitnah zu betreiben. Fahrzeuge der Entsorgungsbetriebe nicht generell zu befreien, sondern eine zu befristende Umrüstung festzulegen.**
- **Die Einführung der Umweltzone möglichst sozialverträglich zu gestalten, um unverhältnismäßige Härten für die Betroffenen, insbesondere für solche Anwohner, die wegen ihres geringen Einkommens nicht in der Lage sind, ihr Fahrzeug umzurüsten oder ein Ersatzfahrzeug anzuschaffen, zu vermeiden.**
- **den stufenweisen Abbau der Privilegien für den Wirtschaftsverkehr.**
- **Durch kontinuierliche Fortsetzung der Messungen im gesamten bremischen Stadtgebiet ist die Wirksamkeit der eingerichteten Umweltzone und ggf. die Erforderlichkeit deren Erweiterung zu überprüfen.**
- **Nach Einführung der Umweltzone sind die nachgesuchten bzw. erteilten Ausnahmegenehmigungen auszuwerten, um ggf. mit sozialen Härtefällen besser umgehen zu können.**

(einstimmig beschlossen)

TOP 6

Anwohnerparkzone Stephani:

Der Beirat beschließt einstimmig, die Zeiten des Bewohnerparkens zu erweitern. Zukünftig soll im Gebiet A und B rund um die Uhr an sieben Tagen in der Woche das Bewohnerparken gelten.

TOP 7 / 8 / 9

Entfallen

Vorsitz

Stellv. Beiratssprecherin

Protokoll

gez. Bücking

gez. Spanke

gez. Freudenberg

